

## **Barak Rede auf der Herzliya Konferenz am 2.2.10**

Lieber David Rothschild und lieber Uriel Reichmann, lieber Salem Fayyad, liebe Freunde, liebe Gäste, meine Damen und Herren,

am Beginn des Jahres 2010 stehen wir in Israel vor mehreren, miteinander verbundenen Bedrohungen: es handelt sich um die Hamas und die Hizbollah, und in der Zukunft auch um den Iran. Es bieten sich uns aber auch eine Reihe von Chancen. Darunter die Chance, die Friedensverhandlungen mit den Palästinensern wiederaufzunehmen, und, in etwas fernerer Zukunft, die Chance einen Frieden mit den Syrern auszuhandeln. Wir befinden uns in einer Zeit befriedeter Grenzen. So friedlich war es seit vielen Jahren nicht. Das ist der Abschreckung durch den zweiten Libanon-Krieg und durch die Operation "Cast Lead", sowie den gemeinsamen Anstrengungen von palästinensischen und israelischen Sicherheitskräften in Judäa und Samaria zu verdanken.

Aber Seite an Seite mit dieser Friedfertigkeit zieht eine Spektrum von Bedrohungen am Horizont herauf. Diese Bedrohungen verstärken sich gegenseitig und ergeben ein schwer zu entwirrendes Netz, selbst wenn wir sie dutzende Jahre zurückverfolgen. Unsere komplexe Lage hier im Nahen Osten ist eingebettet in eine globale Weltordnung, die Zeuge einer Wirtschaftskrise nie dagewesenen Ausmaßes wurde. In dieser Weltordnung gibt es nur eine Supermacht, und das sind die Vereinigten Staaten. Sowohl innenpolitisch als auch außenpolitisch ist die Agenda der Vereinigten Staaten so prall gefüllt wie noch nie. Ich nehme an, dass niemand unter Ihnen neidisch auf diese amerikanische Regierung ist. Barak Obama hat einerseits mit innenpolitischen Problemen zu kämpfen: mit der Wirtschaftskrise und ihren vielfältigen Begleiterscheinungen in den USA, aber auch mit der Krise der Gesundheitsreform. Doch alles das ist nichts verglichen mit den außenpolitischen Herausforderungen, die sich ihm andererseits stellen: Ich denke an Pakistan, das sich jedem als ein Albtraum darstellt, der sich darin umsieht. Es könnte dort einen ungeplanten Regimewechsel geben, und es ist nicht klar, wer das Land dann kontrollieren könnte. Aber ich denke auch an Afghanistan, Nordkorea, und an die Schwierigkeiten, mit Russland und vor allem mit China zusammenzuarbeiten, an den Raketenabwehrschirm, den Iran, den Irak, an uns und die Palästinenser, uns und die Syrer, ich denke an die Hizbollah, und an die Hamas. Alle diese Schwierigkeiten befinden sich auf der dichten Agenda der Vereinigten Staaten. Es bedarf politischer und strategischer Gestaltungskraft, Klugheit, Besonnenheit und Verantwortungsbewusstsein. Was Israel anbetrifft, bedarf es auch eines umfassenden Verständnisses dafür, was gut für den Staat Israel ist. Wichtig ist zu handeln, statt nur zu reden.

Ich möchte Ihnen ein Gefühl nicht verbergen, das mich seit vielen Jahren begleitet. Der Nahe Osten ist ein Problemkiez. Hier ist es nicht wie in Westeuropa, und nicht wie in Nordamerika. Hier gibt es kein Mitgefühl für die Schwachen. Wer sich hier nicht verteidigen kann, wird keine zweite Chance bekommen. Vor diesem Hintergrund wird nur ein starkes und wehrhaftes Israel in der Lage sein, Frieden zu

schließen. Ein politisches Abkommen in dieser Region ist unmöglich, solange unsere Feinde glauben, dass Israel mit militärischen Mitteln besiegt werden kann, oder dass man es mit Terror bekämpfen kann. Nur wenn verstanden wird, dass diese Strategien nicht funktionieren, kann es Frieden geben. Wir werden Frieden nur von einer selbstbewussten und mächtigen Position aus erreichen, geleitet durch Besonnenheit und orientiert auf Fakten. So können wir trotz der Schwierigkeiten ein politisches Abkommen mit unseren Nachbarn schließen.

Das vorausgeschickt, möchte ich auch sagen, dass es in unserer Verantwortung als Politiker liegt, nach jeder möglichen Gelegenheit Ausschau zu halten, um Fortschritte im politischen Prozess zu machen. Die Alternative ist Krieg. Der zionistische Traum kann nur durch das Zusammenwirken von militärischer, sozialer, ökonomischer, technologischer und wissenschaftlicher Stärke verwirklicht werden. Am Ende des Tages hängt aber alles von unserer Fähigkeit ab, Frieden mit unseren Nachbarn zu schließen. Ein zionistischer, jüdischer und demokratischer Staat kann nur dann für die Ewigkeit bestehen, wenn wir in der Lage sind, uns mit unseren Nachbarn zu einigen. Die Wirklichkeit ist grausam, aber einfach. Zwischen dem Fluss Jordan, ein paar dutzend Kilometer östlich des Staates Israel, und dem Mittelmeer, leben zwölf Millionen Menschen. 7,5 Millionen davon sind Israelis, 4,5 Millionen sind Palästinenser. Es verhält sich ganz einfach: Solange es westlich des Jordans nur eine politische Entität gibt, nämlich Israel, wird es notwendigerweise entweder nicht jüdisch oder nicht demokratisch sein. Wenn dieser Block von Palästinensern mit ihrem eigenen nationalen Bewußtsein an den Wahlen teilnehmen, werden wir ein bi-nationaler Staat sein. Wenn dieser Block von Palästinensern, der westlich des Flusses Jordan lebt, nicht wählen wird, werden wir ein Apartheid-Staat sein. Beide Möglichkeiten sind nicht mit dem zionistischen Traum verträglich.

Ich möchte wiederholen, dass wenn dieser Block von Palästinensern wählen können wird, es ein bi-nationaler Staat sein wird, selbst wenn wir ihn einen zionistischen, jüdischen Staat nennen. Und wenn dieser Block von Palästinensern nicht wählen können wird, wird es ein Apartheid Staat sein, selbst wenn wir ihn die Erfüllung unserer Träume nennen. Die Fakten bestimmen die Wirklichkeit, nicht die Worte, in die wir sie kleiden. Wir müssen begreifen, dass diese Alternativen uns die Verpflichtung auferlegen, innerhalb der Grenzen Israels eine Grenze zu ziehen, in der wir auch in der Zukunft eine deutliche jüdische Mehrheit haben werden. Auf der anderen Seite dieser Grenze muss ein palästinensischer Staat entstehen. Dieser Staat ist kein Geschenk an die Palästinenser. Es ist die einzige Möglichkeit, unsere Identität und die Zukunft unserer Kinder und Kindeskinde zu garantieren. Wir müssen die Alternativen besonnen und verantwortungsbewußt betrachten. Die Weltkarte führt sie uns vor Augen: was in Bosnien und Belfast passiert, möchte hier niemand wiederholt sehen. Eine andere Möglichkeit ist, Stück für Stück in eine Wirklichkeit gezwungen zu werden, in der ein Staat zwei Nationen beherbergt. Das war die Wirklichkeit in Südafrika. Ich verweise hier auch mit aller Deutlichkeit auf das alte Rhodesien. Die Dinge sind anders, als wir sie uns während der ganzen Geschichte des Zionismus erträumt haben. Die dritte Möglichkeit ist, einseitig Schritte zu unternehmen, die durch eine wachsende internationale Isolation

beantwortet würden. Diese Möglichkeit wird die Welt 42 Jahre nach dem Beginn der Besetzung nicht anerkennen. Das Pendel schlägt allmählich zugunsten des anderen Pols aus, nicht zu unseren Gunsten. Einseitig Schritte zu unternehmen, egal ob von unserer Seite oder von Seite der Palästinenser, ist schlechter als gemeinsame Verhandlungslösungen zu erreichen.

Israel ist heute stark und wehrhaft. Es ist stärker und wehrhafter als jeder andere in der Region, stärker als Libyen und Teheran. Deshalb können wir es uns leisten, auf Fortschritte hinzuarbeiten und politischen Lösungen anzustreben. Innerhalb der israelischen Öffentlichkeit ist das umstritten, und den Kritikern beizukommen ist nicht einfach. Ich möchte zu meinen religiösen Brüdern, zu denjenigen, die Kippot tragen [Anmerkung: Eine Kippah ist eine Kopfbedeckung, die von männlichen Juden zumindest bei der Ausübung ihrer Religion getragen wird. Viele israelische Juden tragen sie auch im Alltag.], sagen, dass wir eine Grenze in Israel abstecken müssen. Nicht, weil wir keine Bindung an dieses Land oder kein Recht auf dieses Land hätten. Wir haben diese Bindung und wir haben ein Recht darauf. Aber in unserer historischen Situation müssen wir die praktischen Beschränkungen berücksichtigen, die ich gerade beschrieben habe. Ich als Geschichts-Fan sehe mir manchmal die Grenzen der jüdischen Reiche Davids und der Hasmonäer an. Heute, nach der Rückkehr nach Zion, haben wir den dritten Staat errichtet. Aber die Grenzen weiten sich aus oder weichen zurück, entsprechend den Umständen. Der Pakt zwischen Gott und Abraham wurde geschlossen, Gott hat Abraham sein Versprechen gegeben, aber die Grenzverläufe ändern sich. Vernünftige Politiker verstehen, dass Grenzverläufe sich an den Umständen orientieren. Im Talmud kann man im Traktat Gittin einige der Lehren nachlesen, die wir aus den Folgen der Abweichung von dieser Einsicht gezogen haben. Man kann dort nachlesen, was mit einem Volk geschieht, das sich gegen sein Schicksal wendet.

Zu meinen Freunden in der Linken möchte ich sagen: Wir haben ein kleines Stück Land. Die Palästinenser haben sogar ein noch kleineres. Wir haben unser eigenes, kleines Stück Land, und wir sind für die Sicherheit von Israelis verantwortlich, wo immer sie sich auch befinden mögen, wir sind für die Sicherheit der Juden in der ganzen Welt verantwortlich. Wir alle sind Brüder. Frieden ist keine Religion. Frieden ist ein Mittel, um ein gedeihendes und starkes Israel zu schaffen. Wir müssen uns der Aufgabe, Frieden zu schaffen, in einer besonnenen Art und Weise stellen, die die besonderen Umstände, vor allem die Sicherheitssituation, berücksichtigt.

Zu den Politikern möchte ich sagen, dass sie Totschlagargumente wie "Das hat sich kein Israeli ausgedacht!" und "Das können wir besser!" beiseite lassen müssen, und dass sie die Dinge stattdessen auf eine praktische und konkrete Weise anfangen müssen. Von den Politikern der Linken und denen der Mitte erwarte ich, dass sie sich den Anstrengungen der Regierung anschließen. Was wir nicht gebrauchen können, sind Soldaten in der Flugabwehr, die, weil sie selbst bei der Pilotenausbildung herausgeflogen sind, nun die anderen am Fliegen hindern wollen. [Anmerkung: Barak spielt hier auf die Schadenfreude an, die linke Politiker seiner Meinung nach empfinden, wenn die jetzige Regierung in Schwierigkeiten gerät] Was

wir auch nicht gebrauchen können sind Leute, die eine trotzkistische Haltung an den Tag legen, und behaupten, es müsse alles noch sehr viel schlimmer werden, bevor es besser werden könne. Diese Leute sagen, dass wir erst in einer schlimmen Krise die perfekte Regierung bekommen werden, die Frieden schließen wird. Darauf sollte man sich nicht verlassen. Im nahen Osten greift das Gesetz der Unvorhersehbarkeit für jeden und immer. Wenn man den Frieden nahe wähnt, sieht man sich plötzlich durch eine Mauer blockiert. Statt Frieden begegnet einem plötzlich Gewalt. Gewalt ist das Geschäft der Hamas, und die Hamas kontrolliert das palästinensische Volk. Was wir nicht wissen können, ist wer Israel in Zukunft regieren wird. Trotzdem müssen wir Fortschritte erzielen.

Beide Seiten in diesem Konflikt sind keine homogenen Blöcke, sondern sie zerfallen in vielfältige Strömungen. Und Entscheidungen hängen auch von den gerade geltenden Umständen ab. Manchmal handeln Politiker aus einer Position der Stärke heraus, manchmal muss in Krisensituationen entschieden werden, und manchmal sind Entscheidungen der "Despotie der Verzweiflung" geschuldet, wie Barbara Tuchman gesagt hat. Selbst in solchen Situationen müssen Politiker Entscheidungen treffen. Auch dann, wenn es noch keine Verhandlungsgrundlage gibt, aber der Preis für die fehlende Einigung bereits gezahlt werden muss. Sowohl auf unserer, als auch auf der anderen Seite befinden sich Politiker in einer solchen Situation. Wir müssen darüber nachdenken, wie wir diese Periode möglichst abkürzen können, um Politiker in die Lage zu versetzen, ihrer Verantwortung gegenüber ihren Volk und der Geschichte gerecht zu werden. Ich habe das zu Arafat in Gegenwart Bill Clintons gesagt, und vor einigen Monaten habe ich es gegenüber Abu Mazen wiederholt. Ich sagte "Abu Mazen, die schwierigsten Entscheidungen, die Sie werden fällen müssen, werden Sie im Angesicht Ihres eigenen Volkes fällen müssen, nicht im Angesicht Netanjahus." Genauso wird Netanjahu die schwierigsten Entscheidungen im Angesicht seines Volkes treffen müssen. Nur, wenn wir auf diese Betrachtungsebene gelangen, können wir Frieden im Nahen Osten erreichen. Es handelt sich um eine unabdingbare Voraussetzung, und wir können sie erfüllen. Die Entscheidungen sind hart. Es gibt in Israel eine klare schweigende Mehrheit für den Frieden, selbst wenn sie sich in Wahlen mehr nach rechts lehnt. Schon bald wird sie die Regierung unterstützen.

Auf der Seite der Palästinenser ist das weniger selbstverständlich, aber ich denke, dass sich unter der Oberfläche eine Veränderung abzeichnet. Die Person, die dafür verantwortlich ist, ist heute hier unter uns. Es ist der Premierminister Salam Fayyad. Was er den Palästinensern gebracht hat, ist konkretes und praktisches Denken statt romantischem oder theologischem Denken, statt Betrugerei und Abhängigkeit, und undifferenzierter Beschuldigung. Er steht für Taten, für das bottom-up-Prinzip, für den Aufbau von Institutionen, Infrastruktur und Sicherheitsorganisationen, für das Gewährleisten öffentlicher Ordnung, und für die Förderung der Wirtschaft. Dadurch schafft er die Grundlage, alles das auch anerkannt zu bekommen. In dieser Hinsicht geschehen wichtige Dinge. Ich bin ein Anhänger des Aufbaus palästinensischer Institutionen, auch wenn einige Leute das infrage stellen. Während wir den Aufbau palästinensischer Institutionen unterstützen, werden wir gleichzeitig auf unsere

Sicherheit bedacht sein. Sicherheit ist die erste Priorität, aber wir dürfen die Belange der Palästinenser nicht einfach ignorieren.

Ich sage das vor dem Hintergrund der Gespräche, die ich mit den Anführern der Siedlerbewegung in Judäa und Samaria führe. Sie haben Recht, wenn sie sagen, dass Judäa und Samaria heute sichere Orte sind. Das ist das Ergebnis von Anstrengungen und der Übernahme von Verantwortung auf beiden Seiten. Wer heute durch Jenin, das ein Rückzugsort für Terroristen war, und Ramallah geht, sieht eine neue Wirklichkeit. Premierminister Fayyad wird weiter in diese Richtung arbeiten.

Ich glaube an die Worte Robert Frosts, der sagte, dass gute Zäune gute Nachbarschaft ermöglichen. Wir müssen uns klar darüber werden, wo unser Territorium aufhört und ihres beginnt. Das ist eine Voraussetzung für gute Nachbarschaft. Die Diskurs innerhalb der arabischen Welt hat sich weit fortentwickelt seit den Neins von Khartum. [Anmerkung: Die "Drei Neins von Khartum" beziehen sich auf einen Abschnitt der Erklärung von Khartum, die von acht arabischen Staaten nach dem Sechstagekrieg verabschiedet wurde. Sie fordert keinen Frieden mit Israel, keine Anerkennung Israels, und keine Verhandlungen mit Israel.] Heute wetteifern arabische Staaten um den besten Friedensplan. Wir akzeptieren diese Vorschläge nicht in allen Details, aber wir können diesen Wandel nicht ignorieren. Die Zeit ist reif, um auf beiden Seiten Schritte aufeinander zu zu machen. Wir erinnern uns an Oslo, wir erinnern uns an den Brief von Bush, die Erklärungen von Obama und Hillary Clinton, an Annapolis, und das ist weiterhin das Programm. Man kann nicht alle diese Vorschläge Wort für Wort nehmen, aber es wäre falsch, sie in Bausch und Bogen zu ignorieren.

Trotzdem sehen wir uns noch immer einigen schwierigen Herausforderungen gegenüber, die dem Frieden mit den Palästinensern im Wege stehen. Vor allem Gaza, das nicht von der Palästinensische Autonomiebehörde kontrolliert wird, sondern von der Hamas. Das muss sich ändern, damit unsere Vereinbarungen dort durchgesetzt werden können. Dann gibt es die Herausforderung, die Sicherheit zu gewährleisten. Wir wollen uns nicht in einer Situation wiederfinden, in der der Endstatus festgelegt ist, ohne die Sicherheit garantieren zu können. Den Libanon haben wir bis auf den letzten Zentimeter geräumt, genau wie Gaza. Während der Friedensprozess im nächsten Jahrzehnt fortschreiten wird, der dem palästinensischen Staat eine neue Wirklichkeit verleihen wird, werden wir Sicherheitsabkommen treffen, die mit diesem Prozess schritthalten können.

Diese Verhandlungen werden Zeit brauchen, wahrscheinlich nicht weniger als ein oder zwei Jahre, und die Umsetzung mag ein weiteres Jahr kosten. Aber wir müssen damit anfangen, statt uns in Spekulationen zu verlieren. Die höre ich auf beiden Seiten: "Ist Netanjahu wirklich bereit, Entscheidungen zu treffen?", "Kann man ihm Glauben schenken, oder nicht?" "Ist Abu Mazen stark genug, oder nicht?" Anstelle uns in solchem Vorgeplänkel aufzureiben, sollten wir uns auf das Wesentliche konzentrieren. Wir müssen uns an den Verhandlungstisch setzen, und über die Streitpunkte reden. Die grundlegenden Streitpunkte sind jedermann bekannt. Wir

alle kennen jede Straße, jeden Berg, das Problem mit Jerusalem, und die anderen Punkte. Wer glaubt, dass auf der einen oder anderen Forderung zu beharren uns einer Lösung näherbringen wird, der irrt sich. Politiker müssen nicht nur darauf sehen, was sie bekommen, sondern auch darauf, was sie zu geben bereit sind. Beide Seiten sollten klüger handeln, und alle die umstrittenen Punkte zur gleichen Zeit in den Blick nehmen.

Es sind Annäherungsgespräche gemeinsam mit den Amerikanern im Gespräch, aber das ist nur der erste Schritt. Danach werden wir aufgefordert sein, zusammen mit den Palästinensern und der Unterstützung der ganzen Welt einen Weg zu finden, eine vollständige Verhandlungslösung auszuarbeiten.

Diese Regierung erkennt die Roadmap an, ist bereit, die erste Stufe, die zweite Stufe, beide Stufen, oder eine Kombination der beiden umzusetzen, erkennt die Vereinbarungen an, die frühere israelische Regierungen geschlossen haben und erkennt das Prinzip der zwei Länder für zwei Völker an. Der Premierminister hat an der Bar-Ilan Universität bereits erklärt, dass unsere Vision des israelischen Staates Hand in Hand mit einem palästinensischen Staat geht, ein Staat mit einer Nationalhymne, einer Flagge und einer pulsierenden Wirtschaft.

Auf einiges müssen wir aber achten. Einerseits brauchen wir einen bottom-up-Ansatz, und zwar auf beiden Seiten, auch bezogen auf Details wie zum Beispiel Jenin, wie das fünfte Regiment der palästinensischen Sicherheitskräfte, das sich im Training befindet, um Recht und Ordnung herzustellen, und wie die Ausweitung der Aktivitäten der palästinensischen Polizei in weitere Regionen. In allen diesen Fragen machen wir Fortschritte, aber die müssen weiter gehen, um der jeweils anderen Partei die Möglichkeit zu geben, einen weiteren Schritt zu unternehmen. Salam Fayyad widmet sich diesen Fragen mit der Hilfe Tony Blairs, auch die Europäer helfen, sowie Genral Dayton aus den Vereinigten Staaten.

Andererseits sollte es auch einen top-down Prozess geben, um Einigungen zu erarbeiten. Wie sollte so ein Prozess aussehen? Mit welcher Haltung gehen wir in diese Gespräche? Worüber verhandeln wir? Ich glaube fest daran, dass wir Fortschritte machen können. Meiner Ansicht nach werden wir dann in diese Verhandlungen gehen können, wenn die Palästinenser einer einigen internationalen Front gegenüberstehen. Dieser vereinigten Front sollten die Amerikaner, die Russen und die Europäer angehören, denn wenn wir auch nur einen kleinen Riss in dieser Koalition zulassen, könnten die Palästinenser sich darauf stürzen. Es kann gelingen mit dem Rückenwind der moderaten arabischen Länder, Ägyptens, und Saudi-Arabiens, zusammen mit der wirtschaftlichen und finanziellen Unterstützung, die die Palästinenser brauchen, um die Herausforderung, ökonomische Entwicklung zu erreichen, zu bewältigen.

Vor allem aber müssen wir sicherstellen, dass die Sicherheitsinteressen Israels in den Verhandlungen fest verankert werden. Wir dürfen nie unser Ziel aus den Augen verlieren, ein Abkommen mit den Palästinensern zu erreichen, das den Konflikt beendet, weiteren gegenseitigen Forderungen einen Riegel vorschiebt, und neben

Israel einen lebensfähigen palästinensischen Staat hervorbringt. Nicht nur für sie, auch für uns ist das eine Anforderung an die Friedensgespräche. Churchill hat einst gesagt, dass Pessimisten in jeder Chance eine Schwierigkeit sehen, Optimisten in jeder Schwierigkeit eine Chance. Lassen Sie uns in dieser Hinsicht alle Optimisten sein. Wir dürfen unser Ziel nicht aus den Augen verlieren. Wenn wir stark und transparent auftreten, ist das schon die halbe Miete. Ich vertraue darauf, dass es im palästinensischen Volk diejenigen geben wird, die bereit sind, ihrerseits einen Schritt auf uns zuzumachen. Diese Haltung der Stärke würde auch in Israel honoriert.

Zwar scheint eine solche Welt heute weit entfernt zu sein. Je mehr beide Seiten bereit sind, Realpolitik zu treiben, desto näher rückt sie aber.